

### **Anlage zu Top 3**

#### **„Einwohnerantrag nach § 25 Gemeindeordnung NRW (GO): Sozialverträgliche Steuererhöhungen“**

Herr Lietza bedankt sich bei den Fraktionen, dass eine Erläuterung des Antrags trotz eines Formfehlers möglich ist.

Er verweist auf die vielen bereits jetzt schon leerstehenden Wohnungen in Hückeswagen und die vielen Erwerbslosen, die sich die höhere Steuer nicht leisten können.

Er appelliert an den Rat, demokratisch abzustimmen und keinen Fraktionszwang anzuwenden. Frau Retzlaff erläutert den Einwohnerantrag ebenfalls nochmals mündlich.

Insgesamt wurden 2411 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern gesammelt.

Herr Schütte führt aus, dass es nicht sinnvoll ist, nur eine Position des Haushaltes auf den Prüfstand zu stellen.

Generell wird das Bürgerengagement wertgeschätzt, allerdings ist die Festschreibung der Grundsteuer auf Jahre nicht darstellbar.

Herr Grasemann sieht das Engagement der Bürger ebenfalls positiv und verweist hier auch auf die hohe Teilnehmerzahl bei dem Workshop.

Er ist der Auffassung, dass ein Sparkurs unerlässlich ist und nicht die nachfolgenden Generationen die Fehler von heute zahlen müssen.

Er verweist bzgl. der von der Bürgerinitiative gemachten Äußerungen, dass eine Vielzahl von Bürgern sich durch die Grundsteuer B-Anhebung Wohnen in Hückeswagen nicht mehr leisten können, auf mögliche soziale Unterstützung.

Es wird die Auffassung vertreten, dass eine kompromisslose Festschreibung der Grundsteuer B auf 550 Prozentpunkte nicht machbar ist.

Herr von Polheim begrüßt ebenfalls das Engagement der Bürger und teilt mit, dass die FDP weiterhin ein HSK anstrebt. Allerdings wird auch hier die Auffassung vertreten, dass eine Festsetzung der Grundsteuer B auf 550 Prozentpunkte nicht ausreichen wird.

Es wird auf Städte verwiesen, die im HSK sind und die trotzdem noch Gestaltungsspielraum haben.

Herr Wolter wünscht sich auch in Belangen, die nicht finanzieller Art sind, mehr Einsatz der Bürger. Auch die UWG weist die Anschuldigungen der Bürgerinitiative gegenüber der Stadt zurück. Ein Gang ins HSK sollte unter allen Umständen vermieden werden.

Herr Sabelek weist die Vorwürfe der Bürgerinitiative ebenfalls zurück und verweist auf die in Hückeswagen erreichten Ziele. Es darf keine weitere Verschuldung der Stadt geben.

Er teilt mit, dass bei B90/Die Grünen generell kein Fraktionszwang herrscht. Weiterhin informiert er, dass die Mehrbelastung im Monat für die Bürger im Durchschnitt lediglich 6 € - 15 € beträgt.

Herr Thiel vertritt die Auffassung, dass zu massive Steuererhöhungen schlechte Auswirkungen auf Hückeswagen haben (z.B. Neubürgergewinnung, etc.). Es muss jetzt alles in Hückeswagen auf den Prüfstand gebracht werden, auch die sogenannten „heiligen Kühe“.

Nach der Sitzungsunterbrechung ergreift Herr Lietza nochmals das Wort und entschuldigt sich für die Formulierung im Einwohnerantrag der Bürgerinitiative.